Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,000.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 297. Sonnabend den 24. October 1885. 79. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 25. October, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Mittelst Bekanntmachung vom 10. April d. J. hatten wir den Besitzern und Verwaltern derjenigen Häuser, für welche Fenster mit nach außen schlagenden Flügeln über Straßen, Plätzen oder anderen öffentlichen Verkehrsräumen vorhanden sind, aufgegeben, jene Fensterflügel **vor** deren Wiedereinsetzen mindestens an einem ihrer Bänder mit einer Vorkehrung versehen zu lassen, welche das unabsichtliche Aushängen derselben verhindert, und mit dem Hinweis darauf, daß das Modell einer solchen Vorrichtung in unserem Baupolizeibureau (Rathhaus, I. Etage, Zimmer 5) zur Ansicht ausgestellt sei, für den Unterlassungsfall den Verpflichteten eine Geldstrafe bis zu 60 ℳ oder entsprechende Haftstrafe angedroht.

Indem wir dies hierdurch in Erinnerung bringen, bemerken wir, daß wir demnächst werden revidiren lassen.

Leipzig, den 17. October 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilisch, Ad.

Bekanntmachung.

Wegen Rohrlegungsarbeiten wird die

Bayerische Straße

auf der Strecke von der **Sophien-** bis zur **Schenkendorfstraße**

von **Montag** den **26. dieses Monats** ab

auf die Dauer von etwa 3 Wochen

für den gesammten Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, den 22. October 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause hier

Montag, den 26. October a. c.,
Vormittags von 9 Uhr an,

eine Partie getragener Kleidungsstücke, Möbel-, Haus- und Küchengeräthe, Betten und dergleichen mehr meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 20. October 1885.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Jungblähel.

Bekanntmachung.

Am gestrigen Tage ist am linken Elsterufer die nachstehend näher beschriebene, unbekannte Mannsperson todt aufgefunden und polizeilich aufgehoben worden.

Es wird ersucht, Mittheilungen, welche sich auf die Persönlichkeit des Aufgefundenen beziehen, bei dem Unterzeichneten anzubringen.

Gohlis, am 17. October 1885.

Der Gemeindevorstand.
Singer.

Beschreibung des Leichnams: Mittlere Statur, graumelierter Bart, desgleichen schwarzes Kopfhaar, Glatze, Alter etwa 60 Jahre.

Kleidung: Dunkle Stoffhosen, blaue und weißgestreifte Arbeitshemde, rindlederne Stiefel, schwarzseidene Mütze.

Schulbau Mockau.

Die **Dachdecker-** und **Klempnerarbeiten** sollen vergeben werden. Blanquets sind gegen Erstattung der Schreibgebühren bei dem Unterzeichneten zu haben. Auswahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten.

Mockau, 23. October 1885. **Der Schulvorstand.**
Sperwald, Pf. in Cleuden, z. Z. Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Ein der Kirche in Wildschütz, im dieskaen Kreise, gehöriger Steinbruch soll auf weitere 6 Jahre vom 1. Juli 1886 ab an den Meistbietenden weiter verpachtet werden.

Derselbe liegt in der Flur des Dorfes Wildschütz, in ¼ stündiger Entfernung von der Station Mockrehna der Halle-Torgau-Gubener Eisenbahn, auch nur ebenso weit entfernt von der Frankfurt a/O.-Leipziger Chaussee, ist 8 ha 75 a (über 14 Morgen) groß und liefert ein sehr gutes, namentlich als Pflastersteine sehr gesuchtes Material (Porphyrsteine).

Termin zur Abgabe der Gebote habe ich auf
Sonnabend, den 21. November cr.,
Mittags 12 Uhr,

in meinem Bureau hierselbst anberaumt, zu welchem Unternehmer hierdurch eingeladen werden.

Die Bedingungen, unter welchen die Verpachtung erfolgt, können sowohl von heute ab in meinem Bureau eingesehen, als auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von hier bezogen werden.

Torgau, den 16. October 1885.

Der Königlich Preußische Landrath.
W. Wiesand.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Balkanfrage.

Die Lösung der Verwickelung auf der Balkanhalbinsel verzögert sich, denn Zusammentritt der Conferenz in Konstantinopel scheinen sich unerwartete Hindernisse in den Weg zu stellen, welche in einer Verschiedenheit der Ansichten Rußlands und Oesterreichs ihren Grund haben. Besonders gefährlich ist die Zwietracht zwischen Bulgarien und Serbien, und wenn es nicht gelingt, Serbien von übereilten Schritten gegen Bulgarien zurückzuhalten, dann ist das Ende der Kämpfe auf der Balkanhalbinsel nicht abzusehen. Die Weigerung der serbischen Regierung, den bulgarischen Abgesandten Grekow zu empfangen, stützt sich auf einen Vorwand, dessen Grundlosigkeit einleuchtet. Fürst Alexander konnte bei dieser Sendung nur von dem Wunsche geleitet sein, die Serben von einem feindlichen Einfall auf bulgarisches Gebiet zurückzuhalten, daß er nicht ein Bündniß mit Serbien zum Zweck gemeinsamen Vorgehens gegen die Türkei planen konnte, zeigt der von ihm wiederholt kundgegebene Entschluß, sich den Rathschlägen der Botschafter zu unterwerfen. Wie die Ablehnung der serbischen Regierung gemeint ist, zeigt die Vorschiebung serbischer Truppen an die bulgarische Grenze, auf welche Fürst Alexander die Mächte aufmerksam gemacht hat. Die Vertreter der Mächte in Belgrad haben denn auch gemeinsame Schritte berathen, um Serbien von weiteren Rüstungen abzumahnen.

Die russischen Blätter machen Oesterreich für die herausfordernde Haltung Serbiens verantwortlich, und die „Moskauer Zeitung" erklärt geradezu, daß das „Wiener Fremdenblatt" sich bei dem Versuche, die Verantwortlichkeit für Serbiens Rüstungen von Oesterreich abzulenken, in Widersprüche verwickele. Leider ist aber die Haltung des halbamtlichen „Journal de St. Pétersbourg" auch nicht frei von Zweideutigkeiten. Wenn das Journal schreibt, daß sich die Bestimmungen der Völker früher oder später erfüllen werden, und daß die Zukunft dem Klügsten gehöre, wenn es ferner findet, daß Fürst Alexander die Zeit zur Vereinigung beider Bulgarien nur schlecht gewählt habe; so liegt darin eine indirecte Billigung der Handlungsweise der Bulgaren und Ostrumelier, welche beide in ihrem Widerstand gegen die Wiederherstellung des status quo bestärken muß. Das Journal erklärt schließlich, daß diese nicht leicht sein werde, weil sich mancherlei Hindernisse in den Weg stellten, das Einvernehmen der Mächte gestatte jedoch, eine befriedigende Lösung zu erhoffen. Worin die Schwierigkeiten bestehen, verschweigt das Journal, und in der That können solche nicht vorhanden sein, wenn die Mächte einig sind; aber das scheint nicht der Fall zu sein. Die Schwierigkeiten entstehen im Gegentheil erst, sobald man den Versuch macht, die Union in irgend einer Form aufrecht zu erhalten. Bulgarien hat erklärt, daß es sich den Rathschlägen der Mächte unterwirft, Serbien hat versprochen, Frieden zu halten, wenn der status quo in Ostrumelien wieder hergestellt wird, Griechenland hat sich die Schritte, die es für gut befindet, vorbehalten, und Montenegro und Rumänien nehmen eine abwartende Haltung ein, die Türkei endlich ist des Spruches der Mächte gewärtig, um in Ostrumelien den status quo wieder herzustellen. Wo liegen also die Hindernisse? Das einzige Hinderniß ist der aufrichtige Wille Rußlands und Oesterreichs, der Türkei die Wiederherstellung des status quo in Ostrumelien anzuempfehlen.

Man hat von Vorbehalten gesprochen, welche England mache, wenn es die Conferenz beschicken solle. Es wäre allerdings denkbar, daß England bei dieser Gelegenheit die egyptische Frage zu lösen versuchte, aber es ist klar, daß es der Einigkeit der Mächte gegenüber damit nicht durchdringen kann. Die Türkei hat denn auch in ihrer Einladung an die Mächte, die Conferenz zu beschicken, ausdrücklich betont, daß dieselbe allein der ostrumelischen Frage gewidmet sein soll. Das ist der einzig mögliche Weg, um schnell zum Ziele zu gelangen; andernfalls würde die Conferenz in eine Berathung zur Revision des Berliner Friedens ausarten, und das könnte nur zu Zwietracht, aber nicht zum Frieden führen. Es macht fast den Eindruck, als wenn Kräfte thätig wären, um den Ausgleich wegen Ostrumeliens, der bei einigem guten Willen so leicht zu erreichen wäre, zu verhindern, sonst wäre die Weigerung Serbiens und Griechenlands, die Rüstungen einzustellen, nicht zu begreifen.

Eine sehr schlimme Wirkung muß die Ansprache auf der Balkanhalbinsel hervorbringen, welche Cardinal Haynald an die ungarische Delegation gehalten hat. Welche Veranlassung hatte dieser Kirchenfürst, von Bewilligung der Mittel zu sprechen, welche zur Wahrung der Macht und Autorität der Monarchie auf der Balkanhalbinsel nöthig wären? Unter den obwaltenden Umständen gewinnt diese Ansprache die Bedeutung einer Kriegserklärung. Das kann auf Serbien und Griechenland nicht beruhigend wirken, denn das klingt wie der Befehl zum Vormarsch nach Salonichi. Es war wiederholt davon die Rede, daß Oesterreich ein Armeecorps mobilisiren werde, um seine Stellung in Bosnien und der Herzegowina zu sichern, aber sofort waren die halbamtlichen Organe mit ihren Ableugnungen bei der Hand, jetzt treten die Delegationen zusammen, und das erste Wort, welches der von der ungarischen Delegation gewählte Vorsitzende spricht, gilt den bevorstehenden Bewilligungen für Kriegszwecke auf der Balkanhalbinsel. Wo bleibt da das wiederholt von Rußland betonte Einverständniß der Mächte? Der status quo ist in dem Augenblick hergestellt, in welchem die Unterzeichner des Berliner Friedens die Türkei ermächtigen, die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien rückgängig zu machen, und den Fürsten Alexander auffordern, den Befehlen des Sultans Folge zu leisten. Das ist so einfach, daß ein Zweifel daran gar nicht aufkommen kann. Aber diese Schritte unterbleiben, und deshalb kann auch die diplomatische Action nicht als aufrichtig angesehen werden.

Graf Launay, der italienische Botschafter in Berlin, ist, wie ein Telegramm aus Berlin meldet, am 22. October nach Friedrichsruh zum Reichskanzler gereist. Es ist klar, daß diese Reise mit der Verwickelung auf der Balkanhalbinsel in Zusammenhang steht; der italienische Botschafter hat den Auftrag, dem Reichskanzler die Grundsätze darzulegen, welche der neue Minister des Auswärtigen, Graf Robilant, bei seiner Politik befolgen wird und etwaige Rathschläge des Reichskanzlers entgegenzunehmen. Es ist ja auch, abgesehen von der Balkanfrage zwischen dem deutschen Reiche und Italien Manches zu besprechen und zu regeln, wie die Haltung, welche Angesichts der veränderten Lage in Frankreich für Italien empfehlenswerth erscheint; ferner colonialpolitische Fragen, die egyptische Frage und das Verhältniß Italiens zu den Centralmächten überhaupt. Aber die brennende Frage ist die Balkanfrage, und es ist offenbar nicht ohne Werth, wenn Italien und Deutschland sich in dieser Beziehung über eine vollkommen gleichmäßige Haltung verständigen. Die Schwierigkeit liegt auch hier wiederum in dem Unglauben an die Lebensfähigkeit der Türkei, bei einer Wiederaufrollung der orientalischen Frage will auch Italien nicht leer ausgehen und nicht den Zeitpunct versäumen, um Tripolis zu besetzen. Bei der Festigkeit des Kanzlers in der Ausführung seiner Absichten ist anzunehmen, daß er jedem Versuch, die Conferenz in Konstantinopel zu einer Berathung über Revision des Berliner Friedens ausarten zu lassen, energisch entgegentreten wird. Die Pforte hat das Richtige getroffen, indem sie als den einzigen Gegenstand der Conferenz die Lösung der ostrumelischen Frage bezeichnete. Was dazu nöthig ist, konnte zwar auch auf anderem Wege, z. B. durch mündliche Zustimmung der Botschafter zur Wiederherstellung des status quo in Philippopel erreicht werden, aber die Hindernisse, wie sie das Journal de St. Pétersbourg bezeichnet, waren zu mannigfacher Art. Natürlich, weil die Erben auf den Tod der Türkei warten. Das ist das einzige Hinderniß für die Verständigung, die sonst längst erreicht sein müßte.

Leipzig, 24. October 1885.

* Dem **Bundesrathe** sind nunmehr die schon vor Kurzem angekündigten **Specialetats pro 1886/87** zugegangen. Wir entnehmen denselben zunächst Folgendes: Der Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei schließt in Einnahme mit 2549 ℳ, in Ausgabe mit 152,300 ℳ ab. In der letztgenannten Summe ist der Betrag von 11,000 ℳ als einmalige Ausgabe für im Interesse der Feuersicherheit des Dienstgebäudes, Wilhelmstraße 77, nothwendig gewordene bauliche Veränderungen enthalten. Der Etat für das Reichseisenbahnamt schließt in Einnahme mit 9107 ℳ, in Ausgabe mit 297,165 ℳ ab. Letztere ist um 13,200 ℳ niedriger als im Etat für das laufende Jahr angesetzt. Der Minderbetrag resultirt hauptsächlich aus der Ablegung der Position für zwei als entbehrlich erachtete ständige Hilfsarbeiter mit zusammen 11,400 ℳ Gehalt. Der Etat der Reichsdruckerei weist einen Einnahme-Ansatz von 3,991,820 ℳ auf. Der Mehransatz gegen den laufenden Etat im Betrage von 230,000 ℳ ist in Folge der zu erwartenden umfangreicheren Druckaufträge angenommen. Die fortdauernden Ausgaben sind mit 2,926,130 ℳ veranschlagt; das Plus der Ausgaben gegen den laufenden Etat beträgt 225,000 ℳ. Der Ueberschuß der Reichsdruckerei beläuft sich sonach auf 1,065,690 ℳ. Als einmalige Ausgabe werden zur Erwerbung eines Grundstücks in der Alten Jacobstraße in Berlin 360,000 ℳ gefordert. Diese Forderung wird damit motivirt, daß die gegenwärtigen Betriebsräume der Reichsdruckerei auf dem Grundstück in der Oranienstraße nicht mehr für das Bedürfniß ausreichen. Namentlich fehlt es daselbst an Raum zur Aufstellung neuer Maschinen, welche in naher Zeit erfolgen muß, nachdem der Reichsdruckerei die Anfertigung der in Ausführung des Gesetzes vom 29. Mai 1885, betreffend die Abänderung des Gesetzes wegen Erhebung von Reichsstempelabgaben vom 1. Juli 1881, herzustellenden neuen Stempelmarken, zu deren Anfertigung es besonders eingerichteter Maschinen bedarf, übertragen worden ist. Nicht minder macht sich ein erweiterter Raumbedürfniß zur Aufstellung lithographischer Schnellpressen, behufs Befriedigung des gesteigerten Bedarfs an Karten, Formularen u. s. w. geltend. Es wird daher, da dem Raumbedürfnisse durch Beschaffung von Räumen im Wege der Abmiethung nicht genügt werden kann, vorgeschlagen, das an die Reichsdruckerei anstoßende Grundstück Alte Jacobstraße Nr. 113 zu erwerben. Der Etat des Rechnungshofes des Deutschen Reichs setzt die Einnahmen auf 12,980 ℳ, die Ausgaben auf 529,773 ℳ an.

* Man schreibt uns aus Berlin: „Die „Germania" giebt die Parole aus, bei den bevorstehenden **preußischen Landtagswahlen in Berlin** für die **fortschrittlichen** Candidaten zu stimmen. Das kann von dem Organ einer Partei, welche, so lange sie besteht, sich immer selbst als Oppositionspartei bezeichnete und dies sogar zeitweilig mit einem gewissen Stolze that, nicht Wunder nehmen, um so weniger, als der Ultramontanismus — eingestanden oder nicht — **reichsfeindlich** ist und immer bleiben wird. Auch die Motivirung des klerikalen Blattes ist eigentlich selbstverständlich, das echt jesuitische Rezept ist befolgt worden. Die Conservativen und Freiconservativen leugnen (es ist nach unserer Auffassung höchst beklagenswerth, wenn göttliche Dinge in die Leidenschaften der Tagespolitik hineingezogen werden. Die Red.) die Gottheit Christi, darum fordert die „Germania" die Katholiken auf, für Herrn Ludwig Löwe zu stimmen! Aber diese letzte deutliche Willensäußerung mußte erst erfolgen, um die „Kreuzzeitung" dazu zu bewegen, auch ihrerseits der „Germania" und dem Centrum den Dienst zu kündigen. Die „Germania" fordert ihre Getreuen auf, recht eifrig an der Wahlurne zu erscheinen, damit nur ja Männer der starren Opposition gewählt werden und nicht etwa einem Mittelparteiler oder einem Conservativen der Sieg zufalle. Sicher werden die Berliner Centrumsanhänger auch der Aufforderung der „Germania" Folge leisten, von der vorzüglichen Disciplin der Ultramontanen ist nichts Anderes zu erwarten. Wie groß aber die Verblendung der „Kreuzzeitung" ist, geht daraus hervor, daß sie kein rügendes Wort für dieses Verhalten der Ultramontanen findet, sich vielmehr bemüht, es zu entschuldigen durch den Umstand, daß augenblicklich demokratische Elemente im Centrum die Oberhand gewonnen hätten. Außerdem aber hält es die „Kreuzzeitung" selbst heute noch für ihre Aufgabe, ihre ganze Kraft an die Bekämpfung der Mittelparteien zu wenden und gegen so gemäßigte Männer, wie den Geh. Rath Settegast, zu polemisiren. Das reactionaire Blatt geht so weit, den nationalliberalen Candidaten unterzuschieben, daß sie in ihren Reden die Wahrheit verleugnen, daß die Versicherungen der Anerkennung des Fürsten Bismarck lediglich Wahlmanöver seien. „Was ich selber denk' und tha', traun' ich auch den Andern zu", sagt ein Sprichwort, und wir können uns in der That diese Illoyalität der „Kreuzzeitung" in keiner anderen Weise erklären. Wenn es dahin kommen könnte, daß Männer von der Gesinnung der Herren Stöcker und von Hammerstein die Majorität in einer deutschen Volksvertretung gewännen, so wäre dies ein wirkliches Unglück für unsere Nation. Auch heute noch rühmt sich die „Kreuzzeitung" der „Antwort", welche Herr v. Rauchhaupt Herrn v. Bennigsen auf seine jüngste Rede in Hannover ertheilt hat. Solche Vorkommnisse zeigen täglich mehr, wie nothwendig eine Erstarkung der Mittelparteien, nicht der Mittelparteien, ist. Es gilt ebenso wie das Centrum den Radicalismus von rechts und von links zurückzuhalten, und die radicalen Elemente sind um so gefährlicher, als sie sich jederzeit bereit finden lassen, sobald sie nur Überhaupt angenommen werden, sich den Ultramontanen zur Verfügung zu stellen. Für uns ist der Kampf um so schwerer, als wir niemals einen Feind allein zu bekämpfen haben. Denn sobald das Centrum die Anhänger der „Kreuzzeitung" verwirft, verbündet es sich mit den Freisinnigen, und sowie es jene fahren läßt, hat es auch sofort die Reactionairen zu Kampfgenossen. Aber wir kennen unsere Feinde und ihre Schwächen, und bereits die diesmaligen Wahlen, auch in Berlin, werden unseren Gegnern den Beweis erbringen, daß die **nationalliberale Partei** hinter erprobten Führern auch eine frische Armee stehen hat, welche täglich **mehr und mehr** ihre Regimenter complettirt."

* Der Candidat der **Nationalliberalen** der Kreise Jerichow I. und II. ist der Professor der Nationalökonomie Dr. Friedberg in Halle a. d. S. Derselbe hat sich bereit erklärt, event. ein Mandat für den nächsten Landtag anzunehmen, und wird demnächst in Burg und Genthin sprechen.

* In einer Wählerversammlung zu Oberursel hat der **deutschfreisinnige** Abgeordnete Landesdirector a. D. Wirth-Wiesbaden auch das **Septennat** berührt und dabei geäußert, es sei zwar auf das Verlangen der vormaligen Secessionisten bei der Fusion das alte Programm der Fortschrittspartei, wonach eine jährliche Feststellung der Friedenspräsenzstärke unseres Heeres erfolgen solle, dahin abgeändert worden, daß man eine dreijährige Feststellung verlange, es sei aber auch dies **schwerlich zu erreichen.** Man darf gespannt sein, was die deutschfreisinnige Parteileitung zu dieser Ketzerei eines Parteigenossen sagen wird.

* Die **Centrumspartei** in Brieg-Ohlau hat beschlossen, schon gleich bei den Urwahlen für die **freisinnigen** Candidaten einzutreten.

* Zur **Impffrage** schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Im Umfang und Natur der auf der Insel Rügen (und zwar auf der Halbinsel Wittow) nach den diesjährigen **Pockenimpfungen** aufgetretenen **Erkrankungen** festzustellen, hat in den letzten Tagen des September und Anfangs October im Auftrage des Cultusministers eine auf den Greifswalder Professoren Geh. Medicinalrath Dr. Mosler und Dr. Lichtheim, dem Regierungs-Medicinalrath Dr. Köhler aus Stralsund und dem Kreisphysikus Dr. Settegast aus Bergen bestehende Commission unter Leitung des Geh. Medicinalraths und vortragenden Raths Dr. Skrzecka die von der Krankheit betroffenen Ortschaften bereist. Das Ergebniß der Ermittelung ist insofern ein befriedigendes gewesen, als mit Sicherheit bestätigt wurde, daß es sich weder um Syphilis noch um eine andere Erkrankung handelt, welche Besorgnisse wegen bleibender oder langdauernder Nachtheile für die Gesundheit der armen Befallenen rechtfertigen könnte. Die Zahl derselben ist allerdings eine große und beläuft sich auf ca. 320 Personen, doch sind etwa zwei Drittel derselben bereits vollständig oder bis auf schwache Reste geheilt. Die noch nicht Genesenen weisen lediglich einen Hautausschlag auf, während ihr Allgemeinbefinden durchaus gut ist. — Bei Entstehung der Krankheit soll bei einzelnen Kindern ein leichtes Unwohlsein, vielleicht auch etwas Fieber vorhanden gewesen sein, in der Regel ist auch dieses nicht einmal der Fall gewesen.

Daß die Krankheit bei den Erstimpflingen, auf zwar etwa 14 Tage nach der Impfung zuerst aufgetreten ist, scheint zweifellos. Von diesen sind andere Kinder und einige Erwachsene, welche mit den kleinen Kindern in innigere Berührung kamen, angesteckt worden.

Die Kinder, von welchen für die Impfungen auf Wittow die Lymphe abgenommen worden war, sind von dem Regierungs-Medicinalrath Dr. Weiß zu Stettin nochmals vor Kurzem untersucht und völlig gesund befunden, und deren selbst gleichfalls gesunde Eltern haben berichtet, daß dieselben auch früher und zur Zeit der Impfung und Lymphe-Abnahme gesund gewesen sind und namentlich weder an Hautausschlag noch an Geschwüren oder Drüsenkrankheiten gelitten haben. Dagegen kamen, soweit es sich hat feststellen lassen, in dem Wohnort der Stammimpflinge in Pommern seit genannter Zeit Ausschlagsformen bei Kindern nicht gerade selten vor, welche, ohne einen Zusammenhang mit den Impfungen erkennen zu lassen, denen auf Rügen einigermaßen ähnlich sind und auch in einzelnen Fällen ansteckend gewirkt zu haben scheinen. Da diesen Hautkrankheiten besonderes Gewicht nicht beigelegt und deshalb ärztliche Hülfe fast nie in Anspruch genommen wird, ist Sicheres darüber bisher weiter nicht zu ermitteln gewesen.

Für Rügen war bereits von dem Regierungspräsidenten zu Stralsund angeordnet worden, daß die mit dem Ausschlag noch behafteten Kinder vom Schulbesuch auszuschließen sind und diese Anordnung bleibt bis auf Weiteres in Geltung. Da jedoch bei einigen der früher Erkrankten hier und da nach Nachschube des Ausschlags auftraten und selbst einzelne Neuerkrankungen vorkamen, auch von sehr vielen ärztliche Hülfe überhaupt nicht in Anspruch genommen ist und für die Pflege der Haut bei der ärmeren ländlichen Bevölkerung nichts geschieht, vielmehr der Mangel erforderlicher Reinlichkeit einen schnelleren Ablauf der Hautkrankheit vielfach hindert, sind zur thunlichst schnellen Beendigung derselben noch fernere Maßnahmen für erforderlich erachtet. In den vorzüglich ergriffenen Orten Wieck und Berge, welche zur Zeit keinen Arzt haben, ist je eine Diakonissin stationirt, welche die Aufgabe haben, dafür zu sorgen, daß die Kinder reinlich gehalten, die vorhandenen Aufschläge verbunden, die Borken abgeweicht werden ꝛc. Sie erhalten die erforderliche Instruction von dem Arzte Dr. Ebert in Altenkirchen, welcher in seinem Wohnorte, so wie in den beiden genannten Dörfern die Kranken einmal wöchentlich zu besuchen hat. Ihm, so wie den Diakonissen sind die nöthigen Arzneien zur unentgeltlichen Abgabe und Verwendung zur Verfügung gestellt. Nunmehr kann mit Sicherheit erwartet werden, daß in nicht langer Zeit die Krankheit vollkommen getilgt sein wird.

Die Ermittelungen werden im Uebrigen nach anderer Richtung fortgesetzt und die Angelegenheit überhaupt mit einem Nachdruck verfolgt, wie ihre Bedeutung erfordert.

* Seine Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Herr **von Madai** wendet sich beim Scheiden aus seiner Stellung als Polizeipräsident von Berlin mit folgendem Abschiedsworte an die Berliner:

Nachdem des Kaisers und Königs Majestät durch Allerhöchste Cabinetsordre vom 19. d. M. die wegen meiner geschwächten Gesundheit von mir nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste in Gnaden zu ertheilen geruht haben, drängt es mich, bei dem Ausscheiden aus meinem Amte der gesammten Bürgerschaft und allen Bewohnern Berlins meinen aufrichtigsten Dank für das Vertrauen und das Wohlwollen auszusprechen, welches mir während meiner 13jährigen Amtsführung entgegen gebracht worden ist.

Ich scheide aus meiner amtlichen Thätigkeit mit dem Bewußtsein, daß ich wenigstens bestrebt gewesen bin, die Interessen der Hauptstadt und ihrer Bewohner nach Möglichkeit zu fördern und bitte, mir und meinem amtlichen Wirken ein freundliches Andenken bewahren zu wollen.

Berlin, den 21. October 1885.

von Madai,
Wirklicher Geheimer Rath.

* Recht interessante Vorgänge spielen sich zur Zeit in der **ultramontanen Partei in Baden** ab, nämlich ein offener Kampf zwischen den **Gemäßigten** und den **Extremen.** Bei den jüngsten **Landtagswahlen** haben die Ultramontanen bekanntlich sehr schlechte Geschäfte gemacht, und nun ist der Streit darüber entbrannt, wer die Schuld trägt. Die Gemäßigten werfen den Extremen vor, sie hätten durch ihre Uebertreibungen, Maßlosigkeiten und Rohheiten viele Katholiken entfremdet und ins regierungsfreundliche Lager getrieben. Die Extremen wieder klagen die Lauheit und Pflichtvergessenheit eines Theils des katholischen Volks an, welche es zu einem entschlossenen kirchenpolitischen Kampf nicht kommen lasse. Klerikale Blätter berichten die entsetzliche Thatsache, daß es in Baden sogar nationalliberale